

2. Die Wirtschafts- und Währungsunion – ein Erfolgsmodell?

JÜRGEN KALB

Seit 2002 ist der EURO für alle sichtbar offizielles Zahlungsmittel in einem wesentlichen Teil der Europäischen Union. Ende 2007 sind es 13, ab 2008 mit Zypern und Litauen bereits 15 Länder, in denen der Euro alleiniges, offizielles Zahlungsmittel ist. 2002 wurde der EURO deshalb mit dem Karlspreis der Stadt Aachen ausgezeichnet, da er »wie kein anderer Integrationsschritt zuvor die Identifikation mit Europa befördert und damit einen entscheidenden, epochemachenden Beitrag zum Zusammenwachsen der Völkerfamilie leistet«. Nach einem anfänglichen Tief gegenüber dem Dollar (IM 3 I) hat er sich inzwischen bei einem Wechselkurs von 1 : 1,4 \$ zu einer stabilen Größe im internationalen Weltwährungssystem entwickeln und als Konkurrenz zum Dollar als Reserve-Währung etablieren können.

Trotzdem zeigen Stimmen aus Frankreich, Österreich (Hartwich S. 33), aber auch dem bisher nicht dem Eurogebiet zugehörigen Polen, dass die nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank etablierte EZB (Europäische Zentralbank, I Abb. 2 I) mit ihrer seit dem Maastrichter Vertrag (1992) verankerten Unabhängigkeit in Europa nicht unumstritten scheint (IM 1 I). Insbesondere der neu gewählte französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy hat mit seiner Forderung nach mehr Einfluss auf die europäische Geldpolitik Aufsehen erregt (IM 2 I, IM 4 I). Macht Sarkozy die EZB wegen des hohen Außenwertes des Euro gegenüber dem Dollar für die Schwierigkeiten Frankreichs im Außenhandel und bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verantwortlich, so werfen andere wie z. B. der US-Amerikaner und Nobelpreisträger für Ökonomie Josef Stiglitz der EZB soziale Verantwortungslosigkeit vor. Umstritten ist hierbei vor allem der auf die Priorität Preisstabilität ausgerichtete Kurs der EZB. Stiglitz gibt zu bedenken, dass z. B. das Mandat der US-Notenbank, des Federal Reserve System, ebenfalls die Förderung von Wachstum und Beschäftigung umfasse, wie dies im Übrigen auch im Stabilitätsgesetz der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahre 1967 formuliert wurde. »Europa hat für die Ausrichtung auf die Inflation einen hohen Preis bezahlt«, formulierte Stiglitz unlängst bei einer Debatte im Europaparlament (IM 1 I). Demgegenüber wehren sich insbesondere Politiker aus der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich (IM 4 I) gegen Bestrebungen der politischen Einflussnahme auf die Unabhängigkeit der EZB. Zudem will der Präsident der EZB, der Franzose Jean-Claude Trichet (I Abb. 1 I) keinen Zweifel an der Unabhängigkeit der Entscheidungen der EZB aufkommen lassen. Europaweit wurde dadurch wieder die Rolle einer Zentralbank, hier der EZB, diskutiert. Der in London erscheinende »The Economist« spricht hierbei von »old arguments about the governance of the euro«. Das Vereinigte Königreich hatte sich ebenso wie Dänemark bereits beim Maastrichter Vertrag mit einer »opting-out«-Klausel den Beitritt zur Währungsunion vorbehalten. Die Beitrittsländer der Jahre 2004 und 2007, insgesamt immerhin 12 Länder, haben sich dagegen verpflichtet, der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beizutreten, sobald die Maastrichter Kriterien erfüllt werden.

Die Aufgaben von Zentralbanken

Zentralbanken gelten nicht gerade als bürgernahe Einrichtungen, obwohl sie zweifelsohne zu den entscheidenden Institutionen moderner Gesellschaften gehören. Sie sind vor allem deshalb so wichtig, weil sie innerhalb der jeweiligen Volkswirtschaften Mono-



Abb. 1 Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Jean-Claude Trichet im Juni 2007 auf einer Pressekonferenz © dpa, picture alliance

polanbieter von Geld sind. Beim Medium Geld kann es sich dabei durchaus um ein an sich wertloses Symbol handeln, wenn seine Authentizität von jedermann leicht nachgeprüft werden kann und vor allem Vertrauen in den Produzenten und Monopolisten, also die jeweilige Zentralbank, besteht. So bietet die moderne Geldwirtschaft ein anonymes Zahlungsmittel an, das allen Mitgliedern erlaubt, Güter und Dienstleistungen auf Märkten zu tauschen. Entwickelt hat sich dieses System im 19. und 20. Jahrhundert in enger Bindung der jeweiligen Währung an den Nationalstaat. Dabei geriet zuweilen die Prämisse in Gefahr, dass keinem Marktteilnehmer, also auch nicht den Zentralbanken, Sonderrechte eingeräumt werden dürfen. Nicht nur in der Zwischenkriegszeit im 20. Jahrhundert, sondern auch in den Zeiten sich beschleunigender Inflation in den sechziger und siebziger Jahren wurde diese Prämisse aber nicht selten verletzt. So war selbst die westdeutsche DM, als eine der härtesten Währungen der Welt, einer permanenten Entwertung ausgesetzt. Gemessen an der Kaufkraft unmittelbar nach der Währungsreform des Jahres 1948 hatte sie bis Ende 1998, dem Zeitpunkt der Einführung des Euro als Buchungsgeld, rund 3/4 ihres Wertes verloren. Insbesondere während der Hyperinflation 1923 in Deutschland war die Zentralbank zur Finanzierung horrender Staatsschulden eingesetzt worden, was man geradezu als Trauma des deutschen Mittelstandes, übrigens nicht nur in der Weimarer Republik, bezeichnen könnte. Dabei sind die beiden Währungsreformen nach den verlorenen Weltkriegen in den Jahren 1923 und 1948 mit der Währungsstellung des Jahres 1999 von der DM auf den Euro nicht im entferntesten zu vergleichen. Das in der Presse und der Öffentlichkeit heftig kritisierte Phänomen des »Teuro« (IM 13 I) bezog sich nämlich auf Preissteigerungen angesichts der Einführung des Euro als offizielles Bargeld im Jahre 2002, als insbesondere im Gaststätten- und Dienstleistungsbereich einzelne überdurchschnittliche Preissteigerungen im Rahmen von Mitnahmeeffekten beobachtet wurden. Bei der Erhebung des offiziellen Preisindex in der Bundesrepublik sind diese Erscheinungen statistisch nur marginal auffällig geworden, wenn dies Liening (Liening 2002) auch in Frage stellt. Die Geldpolitik der Zentralbanken umfasst aber nicht nur ihr Monopol, Geldscheine bzw. Münzen zu produzieren. Giralgeld hat in komplexen Geldwirtschaften die Bedeutung von Bargeld längst übertroffen. Im Kern besteht die Geldpolitik der Zentralbanken vor allem darin, den Marktteilnehmern, zunächst vor allem den Ge-

schäftsbanken, Zentralbankgeld zu bestimmten Preis- und Mengenkonditionen zur Verfügung zu stellen. Da sich nahezu alle Marktteilnehmer für ihre Einkäufe und Ausgaben Geld leihen, wirkt die Geldpolitik einer Zentralbank hauptsächlich auf private Investitions- und Konsumgüternachfrage, also das gesamte Ausgabenvolumen einer Volkswirtschaft. So gilt zunächst: Je niedriger die von der Zentralbank festgelegten Zinssätze, um so niedriger sind die Geldkosten und um so höher werden vermutlich die Konsum- und Investitionsnachfrage ausfallen. Dieser Zusammenhang stellt sich jedoch bei genauerem Hinsehen als wesentlich komplexer dar. Während Produktionspotenzial sowie Beschäftigungsniveau verhältnismäßig kurzfristig beeinflussbar sind, sind die Wirkungen auf das Preisniveau in der Regel erst mit einer etwa doppelt so langen zeitlichen Verzögerung spürbar (Heering S. 11f). Zudem ist umstritten, inwieweit die kurzfristige Erhöhung des Produktionspotenzials noch beschäftigungswirksam wirkt und auch auf Dauer Bestand hat. Durch Geldmengenerhöhungen im Inland hervorgerufene Preissteigerungen gefährden schließlich auch den Export, wecken womöglich weitere Begehrlichkeiten in Gesellschaft und Politik im Inland und erschüttern vor allem das Vertrauen in die Neutralität einer Zentralbank, was nicht zuletzt mittelfristig internationale Kapitalströme versiegen lassen kann. Andererseits schafft die Möglichkeit, durch geldpolitische Maßnahmen zumindest kurzfristig Beschäftigungs- und Einkommenswirkungen auszulösen, bei vielen Regierungen Handlungsspielräume, auf die nur sehr ungern verzichtet wird. Gerade unter Bedingungen demokratischer Systeme mit Wahlen in vier- oder Fünfjahresrhythmen, so namhafte Ökonomen, seien diese Gefahren gewachsen. Historisch ist die Debatte über die angemessene Wirtschafts- bzw. Geldpolitik mit den Namen des britischen Ökonomen John M. Keynes und dem des US-Amerikaners Milton Friedman verbunden. Im Moment sieht es so aus, dass die Geldmengenregel Friedmans, wonach sich die Erhöhung der Geldmenge, hier M_3 (Abb. 3 1), strikt an der Erhöhung der Wertschöpfung in der Güterproduktion zu orientieren habe, gegenüber der antizyklischen Nachfragestrategie von Keynes in Euro-land obsiegt habe (Heine/Herr S. 83ff, Kalb S. 276ff). Trotzdem führt die Frage, mit welcher Prioritätensetzung die jeweilige Zentralbank zu agieren habe, nach wie vor ins Zentrum der Diskussion um die Autonomie einer Zentralbank, auch und gerade seit der Schaffung der supranationalen Institution der Europäischen Zentralbank (EZB) im »Euroland«.

Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion

Der Maastrichter Vertrag des Jahres 1991 sah die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) bereits in der Präambel des EU-Vertrages vor. Zentrales Anliegen dieser WWU war dafür die Errichtung einer zentralen Notenbank, die die einheitliche Währung, den Euro, durchsetzen und für dessen Stabilität bzw. die Preisstabilität insgesamt sorgen sollte (IM 6 I). Für neu hinzu kommende Mitgliedsländer bedeutet dies, dass sie auf ihrem Weg zum Euro zunächst mindestens zwei Jahre an dem sogenannten »Europäischen Wechselkursmechanismus II« teilnehmen müssen, d. h. dass ihre Währung höchstens mit einer Bandbreite von 15% um den feststehenden Eurokurs schwanken darf. Sodann müssen sie die im Maastrichter Vertrag festgeschriebenen



Abb. 2 Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank

vier Voraussetzungen erfüllen: (1) Die Inflationsrate darf in den 12 Monaten vor der Entscheidung über die Euro-Einführung nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder liegen, (2) der Marktzins für langfristige Staatsanleihen eines Beitrittslandes darf nicht mehr als zwei Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder liegen, (3) die gesamte Staatsverschuldung darf 60% des Bruttoinlandprodukts (BIP) nicht übersteigen, (4) das jährliche Haushaltsdefizit darf nicht mehr als 3% des BIP betragen. Mit diesen Regeln sollen vor dem Eintritt in die WWU damit gleichartige ökonomische Rahmenbedingungen als Basis für eine einheitliche Geldpolitik hergestellt werden.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt

1996 haben die Staats- und Regierungschefs, also der Europäische Rat, im Amsterdamer Vertrag zudem einen »Stabilitäts- und Wachstumspakt« beschlossen, worin insbesondere das Verfahren zur Prüfung, ob ein Mitgliedsstaat die Obergrenze der staatlichen Neuverschuldung, die 3% des BIP beträgt, überschritten hat, festgelegt wurde. In solch einem Falle entscheidet der Rat der Minister, die an der Währungsunion teilnehmen, die sog. »Eurogruppe«, mit einer 2/3-Mehrheit über Sanktionen. Die Geldbußen, die verhängt werden können, sind empfindlich, in der Regel 0,2% des BIP. Von 2002 bis 2005 wurde dieses Stabilitätskriterium auch von den größten Volkswirtschaften in Euro-land, Deutschland und Frankreich, nicht eingehalten, worauf die Europäische Kommission ein Defizitverfahren gegen Deutschland, Frankreich und Portugal einleitete. Der angerufene EuGH (Europäische Gerichtshof) entschied schließlich, dass die Entscheidung über das Defizitverfahren beim Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der Euroländer (Eurogruppe) liege, worauf die Kommission den Fall nicht weiter verfolgte. Die EZB sprach sich damals übrigens entschieden für die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes aus, während insbesondere die betroffenen Regierungen der Eurogruppe auf das geringe Wirtschaftswachstum, also die konjunkturelle Lage, Belastungen der Haushalte durch die Rentensysteme aufgrund alternder Bevölkerung und im deutschen Fall noch auf die Folgekosten der deutschen Einigung hinwies. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung kommentierte demgemäß, der Argumentation der EZB folgend, der Stabilitätspakt sei »schwer beschädigt« worden (FAZ, 14.7.2004).

Die Autonomie der EZB

Die Diskussion um den Stabilitätspakt berührte erneut die zentrale Frage nach der Einheit von Geld- und Wirtschaftspolitik in der EU sowie die Frage nach der Autonomie der EZB. Kann es eine einheitliche Geldpolitik geben, wenn die Wirtschafts- und vor allem die Fiskal- und Sozialpolitiken nach wie vor in einzelstaatlicher Verantwortung liegen? Werden einheitliche Leitzinsen den unterschiedlichen Gegebenheiten in den Euroländern gerecht? Schon zu Beginn der WWU erwies sich z. B. die Errechnung einer durchschnittlichen Inflationsrate in Euroland und daraus folgend ein für alle Mitgliedstaaten einheitlicher Leitzins der EZB als Problem. Deutschland hatte ab 2002 sehr niedrige Inflationsraten, so dass bereits von einer Deflation die Rede war, während z. B. Irland, Portugal und Spanien weit höhere Raten aufwiesen. Um die Inflation niedrig zu halten, musste die EZB also einen höheren einheitlichen Leitzinssatz festlegen als es den Deutschen mit ihrer stagnierenden Wirtschaft angenehm war. Andererseits schuf der Zwang zur Kostenanpassung letztlich wieder für die deutschen Unternehmen die Voraussetzungen für höhere Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Konkurrenzkampf. In Frankreich wurde diese Diskussion vor allem im Zusammenhang mit dem Wechselkurs des Euro im Vergleich zum US-Dollar geführt. Im Wahlkampf des Jahres 2007 forderten deshalb in Frankreich beide politischen Lager von der EZB einen für die französische Exportwirtschaft günstigeren niedrigeren Eurokurs. Auch heute noch spricht der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy gerne von dem »gouvernement économique« (IM 1 I, IM 3 I) und meint damit u. a. die politische Einflussnahme auf die Entscheidungen der EZB, an deren Spitze im Moment der Franzose Jean-Claude Trichet steht.

Die Unabhängigkeit der Zentralbank wurde in der Bundesrepublik Deutschland von 1948 bis heute heftig diskutiert. Wenn auch die Autonomie der Deutschen Bundesbank im Grundgesetz nicht ausdrücklich verankert war, so wurde durch die erfolgreiche Stabilitätspolitik der Bundesbank und das weltweite Ansehen der D-Mark der autonome Status der Bundesbank nahezu »verfassungsfest« (Hartwich 2007, S. 35). War zwar die harte D-Mark im Wechselkursverhältnis für den westdeutschen Export eine Erschwernis, so wurde dies insgesamt durch die Preisinflation in den Importländern in der Regel mehr als ausgeglichen. Erhöhte Zwänge zur Rationalisierung und Preisdisziplin im Inland trugen das ihre dazu bei, dass die Bundesrepublik Deutschland über mehrere Jahre zum Exportweltmeister in der Handelsbilanz avancierte.

Für viele wurde die Gründung der Europäischen Zentralbank durch Aufgabe der D-Mark und der autonomen Deutschen Bundesbank zu einem der »größten Opfer, das Deutschland für die Zustimmung zur Wiedervereinigung erbringen musste« (Hartwich, 2007, S. 36). Insbesondere dem ehemaligen französischen Präsidenten François Mitterrand wird nachgesagt, die WWU und die gemeinsame Währung als Bedingung zur Zustimmung der Franzosen zur deutschen Einigung in den 2+4 Verhandlungen des Jahres 1990 gemacht zu haben. Andererseits konnte die Bundesregierung durchsetzen, dass die Bestimmungen über die Europäische Zentralbank nicht nur dem deutschen Vorbild entsprachen, sondern auch Eingang in die konsolidierten EG-Verträge (IM 6 I) und in die 2004 verabschiedete EU-Verfassung (z. B. Teil III, Artikel 188) fanden. Nach der fehl geschlagenen Ratifizierung der EU-

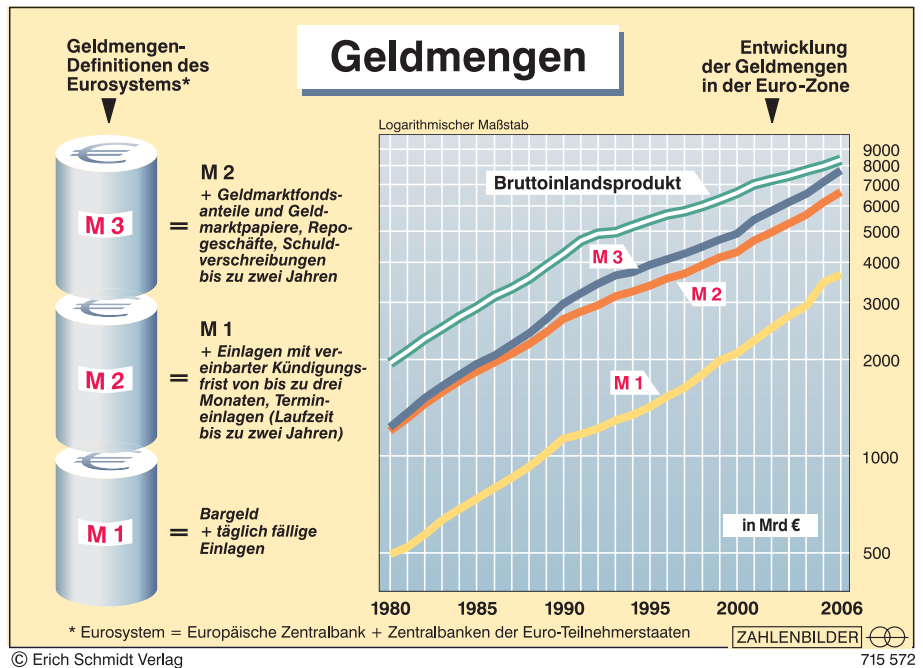


Abb. 3 Das Wachstum der Geldmenge in Euroland

Verfassung durch einzelne Mitgliedstaaten wurden im neu ausgearbeiteten »Lissaboner Vertrag« des Jahres 2007 diese Bestimmungen weitgehend unverändert übernommen. Der derzeitige EZB Präsident Jean-Claude Trichet intervenierte diesbezüglich bereits bei den Vorformulierungen auf Beamtenbene gegenüber der internationalen Presse (z. B. FAZ, 16.8.2007).

Da nicht alle EU-Mitgliedstaaten der Währungsunion beitraten bzw. noch nicht Mitglied sind, wurde ein gesonderter Rat der Finanzminister der Euro-Staaten, die Eurogruppe, etabliert. Großbritannien und Dänemark hatten sich im Maastrichter Vertrag eine »opting-out«-Klausel zusichern lassen, in Schweden wurde die Einführung des Euro durch eine Volksabstimmung verhindert. Von den 12 neuen EU-Staaten hat bislang erst Slowenien die Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages erfüllt. Ab 2008 wird dies auch auf Zypern und Litauen zutreffen. In der Praxis gewann dieser Rat der Finanzminister, wenn auch von der Medienöffentlichkeit kaum wahrgenommen, immer mehr Einfluss auf das EZB-System, vor allem seit der Regierungschef Luxemburgs, Jean-Claude Juncker, 2006 erneut für eine zweijährige Amtszeit als Vorsitzender gewählt wurde.

Die EZB soll zwar ebenso wie die US-amerikanische FED die allgemeine Wirtschaftspolitik der Regierungen unterstützen, aber nur insofern dies unbeschadet des Inflationszieles geschieht (IM 8 I, vgl. auch EG-Vertrag, Artikel 107). So wird bis heute z. B. kontrovers diskutiert, ob die EZB durch ihre eigenständige Festlegung, eine durchschnittliche Inflationsrate von 2 % müsse Richtlinie für Interventionen bezüglich der Leitzinsen und Geldmengenregulierung sein (Abb. 2 I), nicht die Konjunktur in Euroland zu sehr belastet (dazu z. B. Heine/Herr, S. 62, S. 173ff – zum Instrumentarium im Detail auch ausführlich: Heering, S. Goff sowie Heine/Herr S. 65ff). Die Kritiker verweisen darauf, dass ja bereits im EG-Vertrag, Artikel 101 (IM 7 I), jede Form einer Staatsfinanzierung der Euroländer durch die Europäische Zentralbank strikt untersagt werde. Schließlich seien alle großen Inflationen des letzten Jahrhunderts durch eine hohe Staatsverschuldung bei der Zentralbank ausgelöst worden. Wenn die Euro-Staaten nunmehr Geld benötigten, müssten sie sich ohnehin wie jeder Privatmann von den Banken oder von anderen privaten Investoren am Markt Geld beschaffen. Eine Inflation über die Notenpresse könne es beim Euro nicht mehr geben (z. B. Bofinger S. 119).

Europaweit ist im Moment allerdings weniger die Sicherung der Preisstabilität in der Diskussion als vielmehr die Wechselkursgestaltung des Euro im Vergleich zum US-Dollar (IM 3 I). Insbesondere aus Frankreich und Italien mehren sich die besorgten Stimmen zum harten Euro, der die Exportindustrien beeinträchtigt. Italien sieht sich dabei besonders der Konkurrenz aus Niedriglohnländern ausgesetzt, während Frankreich über hohe Lohn- und Lohnnebenkosten, zu starre Arbeitszeitregelungen sowie fehlende Rationalisierungen im Inland klagt. Staatspräsident Nicolas Sarkozy hat hier kurzfristig drastische Reformen zur »Befreiung der Wirtschaft« (StZ 31.8.2007, S. 4) angekündigt. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich demgegenüber stets zur Unabhängigkeit der EZB bekannt, was allerdings bei der Ausrichtung der deutschen Exportindustrie auf Maschinen-, Fahrzeugbau und Chemie leichter fällt. Außerdem hat sie ihre Strukturanpassung an die Veränderungen des internationalen Handels seit Beginn des 21. Jahrhunderts bereits eingeleitet.

Politische Bedeutung der Wirtschafts- und Währungsunion

Insgesamt scheint die positive Bewertung der Wirtschafts- und Währungsunion seit 1999 in den beteiligten Ländern deutlich zu überwiegen. Selbst der ehemalige IG-Metall-Vorsitzende Jürgen Peters spricht davon, dass sie sich bewährt habe. Allerdings moniert er, sie habe beschäftigungspolitisch zu wenig bewirkt, habe den regionalen und sozialen Ausgleich vernachlässigt und die Infrastruktur nicht energisch genug modernisiert (IM 11 I). Ähnlich äußerte sich übrigens der US-Ökonom und Nobelpreisträger für Ökonomie, Josef Stiglitz, vor dem Europäischen Parlament (IM 11 I). Peters sieht in der WWU nunmehr die neue Möglichkeit für eine beschäftigungsorientierte Geld- und Fiskalpolitik auf europäischer Ebene, also für einen Neokeynesianismus, wie Kritiker behaupten. Dem widersprechen die Vertreter der EZB und die Mehrzahl der Kommentatoren in Wirtschaftszeitungen in der Regel deutlich (IM 3 I, IM 12 I). Unbestreitbar fordert die EZB zur Unterstützung ihrer Stabilitätspolitik die Reduzierung der Schulden in den öffentlichen Haushalten. Inwieweit dies überzeugend geschieht, hat die Diskussion über mögliche Defizitverfahren gegenüber einzelnen Euroländern, die gegen die Verschuldungsobergrenze des Wirtschafts- und Stabilitätspaktes verstoßen hatten, deutlich gezeigt. Noch brisanter wird dies bei der Erreichung der Konvergenzkriterien für die Aufnahme in das Eurogebiet. Dies betrifft vermutlich weniger die britische Skepsis, da die »Bank of England«, einen ähnlichen, wenn nicht sogar noch stärker an Stabilitätskriterien orientierten Kurs fährt als die EZB (IM 10 I). Im Falle Großbritanniens vermuten innen- und außenpolitische Beobachter deshalb auch eher europakritische Traditionen bei gleichzeitig politischer Nähe zum atlantischen Bündnis mit den USA (Abb. 4 I). Es betrifft aber deutlich die neu aufgenommenen Mitgliedstaaten der Jahre 2004 und 2007, die keine »opting-out«-Klausel wie Großbritannien und Dänemark vereinbaren konnten und alle somit über kurz oder lang Teil von Euroland, also der Wirtschafts- und Währungsunion, sein sollen. Strikte öffentliche Sparpolitik und Neustrukturierungen der sozialen Sicherungssysteme sind bereits erste, auch heute schon zu beobachtende Konsequenzen. Daraus resultierende, zumindest kurzfristig herbeigeführte soziale Verwerfungen könnten sich dabei in Wahlergebnissen niederschlagen. Der Anpassungsprozess wird also schwierig bleiben. Ob er mittel- und langfristige die Stärkung des Euroraumes im internationalen Konkurrenzkampf fördert, wie im Barcelona-Prozess als Ziel anvisiert, bleibt abzuwarten. Andererseits wagt heute kaum noch jemand der Prophezeiung Milton Friedmans zu folgen, die WWU werde in 10 bis 15 Jahren wegen Inhomogenitätsproblemen auseinanderbrechen (Welter, Patrick: Ein brüchiger Bund fürs Leben, FAS, 14.9.2003). Trotz aller Kritik wird sie heute zumeist als Erfolgsgeschichte europäischer Integration gelesen. Die Verleihung des Karlspreises an den Euro ist nur eine augenfällige Auszeichnung für diese weit reichende, gelungene Supranationalität.



Abb. 4 »Save our pound«
© Clive Goddard, 2006

Literaturhinweise

- Blank, Jürgen E., u. a. (1998): Internationale ökonomische Integration. Verlag Franz Vahlen. München
- Bofinger, Peter (2006): Wir sind besser als wir glauben. Rowohlt Taschenbuch Verlag. Reinbek bei Hamburg
- Bundesverband deutscher Banken (Hrsg.) (2005): Wirtschaft. Materialien für den Unterricht. Berlin
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (2004): Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Frankfurt/M
- Heering, Walter (2002): Europäische Geldpolitik. Fischer TB-Verlag. Frankfurt/M
- Heine, Michael/Herr, Hansjörg (2006): Die europäische Zentralbank. Eine kritische Einführung in die Strategie und Politik der EZB. Metropolis-Verlag. Marburg
- Hartwich, Hans-Herrmann (2004): EU-Währungsunion – ein »Schönwetter-schiff«? in: Gesellschaft-Wirtschaft-Politik (GWP), 4/2004, S. 411–424
- Hartwich, Hans-Herrmann (2007): Der teure Euro – ein Erfolg oder ein Problem der EZB? in: Gesellschaft-Wirtschaft-Politik (GWP), 1/2007, S. 33–38
- Kalb, Jürgen (2006): Renaissance der Konjunkturpolitik? Ein Unterrichtsmodell zur Wirtschaftspolitik, in: Weißeno, Georg (Hrsg.): Politik und Wirtschaft unterrichten. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden, sowie: bpb. Bonn
- Liening, Andreas (2002): Der Euro – Über die Schwierigkeiten der neuen Währung. in: Schlösser, Hans Jürgen (Hrsg.): Monetäre Fragen der europäischen Integration. Bergisch Gladbach, S. 85–118
- Pfetsch, Frank R. (2005): Die Europäische Union. W. Fink-Verlag UTB. München
- Truger, Achim/Welz Müller, Rudolf (Hrsg.) (2002): Chancen der Währungsunion nutzen. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf

Internethinweise

- www.bundesbank.de
- www.ecb.int
- www.europa.eu.int/comm/eurostat
- www.europolitan.de
- www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de

Materialien

M 1 Der Euro bleibt für die Europäer ein Zankapfel

Der Euro ist eine europäische Erfolgsgeschichte. Doch richtige Freude über die Gemeinschaftswährung für knapp 320 Millionen Menschen kommt auch acht Jahre nach deren Einführung nicht auf. Außenseiter Großbritannien wehrt sich dagegen, den Euro als europäische Errungenschaft in die so genannte Berliner Erklärung zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge aufzunehmen. (...) Viele Bürger argwöhnen immer noch, dass der Euro ihr Leben teurer machte. Statistiker weisen den »Teuro«-Vorwurf energisch zurück: »Unser Geld hat durch die Währungsumstellung nicht an Wert verloren.« Die EU-Institutionen reagieren zunehmend unwirsch auf die Dauernörgerei über das Einheitsgeld. »Die Kritik ist zu 95 Prozent ungerechtfertigt«, ärgert sich EU-Währungskommissar Joaquín Almunia. Da werde vor allem emotional reagiert, meint der Spanier. Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Jean-Claude Trichet, lässt zudem den Vorwurf nicht gelten, der Euro sei ein Jobkiller. »Seit der Einführung des Euro (1999) wurden über zwölf Millionen Arbeitsplätze geschaffen.« Der französische Spitzenbankier räumt ein: Vor acht Jahren glaubten nur wenige daran, dass der Euro »so glaubwürdig, so sicher wie beispielsweise die D-Mark« werden würde. Der Euro brachte Stabilität, die Inflation blieb trotz hoher Öl- und Benzinpreise im Griff.

Der US-Ökonom und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz wendet ein, dass viele Normalbürger bisher nicht in den Genuss der Verbesserungen durch den Euro kamen. Die Kluft von realen Einkommenseinbußen für normale Arbeitnehmer und steigenden Firmengewinnen macht inzwischen den 13 Finanzministern des Euro-Gebiets Sorgen. Sie fordern eine breite europäische Debatte über eine gerechte Verteilung der »Früchte des Wachstums«. Umstritten ist auch der vor allem auf Preisstabilität ausgerichtete Kurs der EZB. Stiglitz gibt zu bedenken, dass das Mandat der US-Notenbank Federal Reserve ebenfalls die Förderung von Wachstum und Beschäftigung umfasst. »Europa hat für die Ausrichtung auf die Inflation einen hohen Preis bezahlt«, sagte der Wissenschaftler unlängst bei einer Debatte im Europaparlament.

www.phoenix.de/125727.htm

M 2 Der »Figaro« zur Haltung des französischen Präsidenten

L'euro est trop fort par rapport aux autres grandes devises, les exportations patinent, la croissance est étouffée et la Banque centrale européenne serait bien avisée de baisser ses taux d'intérêt pour donner de l'air ... Voilà en substance ce que plaide Nicolas Sarkozy et ce que l'opinion française aime entendre. Le chef de l'État est bien seul dans cette analyse et les autres dirigeants de la zone euro, Angela Merkel en tête, sont perplexes, voire agacés : pourquoi le président français persiste-t-il à dresser de la situation économique ce tableau si peu ressemblant ?

Car vu d'Europe, le panorama est plutôt souriant. À presque 1,38 dollar, la monnaie unique a certes atteint un niveau élevé mais pas au point de pulvériser ses marges historiques. Quant aux exportations, l'Allemagne, devenue et restée premier exportateur du monde avec le même euro que nous, oppose un démenti magnifique à cet appel à une monnaie faible. À la fois par sa performance et parce qu'outre-Rhin, les plaintes des industriels sur l'euro ne sont jamais relayées publiquement par les responsables au pouvoir.

Enfin, à presque 3 %, la croissance européenne ne s'est jamais mieux portée en quinze ans. Depuis l'apparition de l'euro, il s'est



M 3 Entwicklung des Euro-Wechselkurses im Vergleich zum US-Dollar

créé dans la zone plus de 12 millions d'emplois, 3 millions de plus qu'aux États-Unis. Même la France, si décevant que soit ce constat, arrive, avec 2 %, à ce qu'il est convenu d'appeler son « taux de croissance potentiel », c'est-à-dire la limite de l'expansion que le pays peut permettre sans risquer de poussée inflationniste. Voilà donc le problème dans toute sa brutalité : le « potentiel » français est insuffisant et toute l'Europe sait bien que ni le taux de change de l'euro, ni les taux d'intérêt de la BCE n'y peuvent grand-chose. À ce mal français, les remèdes ne peuvent être que français. Par chance, ils sont parfaitement connus. Les Français doivent travailler plus pour augmenter leurs revenus et la richesse nationale. L'embauche et le licenciement, tout particulièrement pour les jeunes et les seniors, doivent être assouplis afin que le taux d'emploi rejoigne celui de nos partenaires. Le salaire minimum doit cesser d'augmenter pour restaurer la compétitivité de nos produits. Les PME doivent grossir. L'université, cette machine à fabriquer de l'intelligence et donc de la croissance, doit être transformée de fond en comble. Voilà les vrais combats de Nicolas Sarkozy et il a déjà commencé à les mener.

Mais alors pourquoi reprendre les vieilles batailles ? Tactiquement, bien sûr, il est tentant de tonner contre la BCE au moment où l'on lance en France des réformes forcément douloureuses. L'âme hexagonale, exaltée par la posture du « seul contre tous », accepte mieux l'effort quand celui-ci se déguise en joute homérique face à l'ennemi extérieur. Toutefois, ce subterfuge a un prix : notre rôle en Europe. Au moment où la France revient sur la scène communautaire grâce au traité simplifié, la charge anti-BCE risque fort de se retourner contre elle.

Stéphane Marchand, Le Figaro, 12.7.2007

Kurzzusammenfassung:

Stéphane Marchand kommentiert Nicolas Sarkozys Haltung zum Höhenflug des Euro. »Der Euro ist im Verhältnis zu den anderen großen Währungen zu stark, der Export stagniert, das Wachstum erstickt und die EZB wäre gut beraten, die Zinsen zu senken, um uns ein wenig Luft zu verschaffen ... Das ist im Prinzip das, was Sarkozy sagt und die Franzosen hören es gern. Unter den Staatschefs der Eurozone mit Angela Merkel an der Spitze steht der Präsident allerdings mit dieser Analyse allein auf weiter Flur. Sie alle sind verwundert, wenn nicht gar verärgert, dass der französische Präsident ein solches Bild, das mit der realen wirtschaftlichen Situation nicht viel zu tun hat, zeichnet... Seit der Einführung des Euro sind in der Eurozone mehr als 12 Millionen Arbeitsplätze entstanden, 3 Millionen mehr als in den USA ... Frankreich ist dank des Mini-Vertrags auf die europäische Bühne zurückgekehrt. Doch seine EZB-kritische Haltung könnte diese Position wieder gefährden.« (12.7.2007)

vgl. www.eurotopics.net

M 4 »The Economist«, London: Nicolas Sarkozy revives some old arguments about the governance of the euro

If you want to understand why Nicolas Sarkozy makes some of the leading lights in the European Union feel uneasy about the future, you must look at the past. So much about the French president is exciting and unfamiliar, in Brussels as elsewhere. It therefore seems odd to find that the big concern of some veterans is that Mr Sarkozy will drag Europe back into old quarrels they thought they had settled long ago. Nowhere is this clearer than in Mr Sarkozy's calls for a »European economic government«. This remains a mushy concept, for all Mr Sarkozy's manic energy (in this week's theatrical coup, he invited himself to a Brussels meeting of euro-area finance ministers to persuade them to accept his plan to stretch the stability pact's timetable for eliminating France's budget deficit). As far as the Eurocrats can make out, economic government means giving elected national politicians the last word over broad swathes of EU economic policy, including the exchange rate and budget discipline, while not actually scrapping such totems as the independence of the European Central Bank (ECB). If such a thing came about, it would certainly be new. It would also be of a piece with Mr Sarkozy's belief in the primacy of political will, his vows to save Europe from rule by technocrats and his desire that the EU should »protect« people from a brutal, globalised world. But Brussels has a long memory and knows that calls for economic government in Europe are not really new at all. Indeed, they have been a refrain of French political leaders, of right and left, for two decades. (...) During the years of wrangling over the formation of the euro, German negotiators suspected their French counterparts of usually paying only lip service to central-bank independence and budget discipline. Each time they heard calls for more political oversight, they suspected their French partners of secretly dreaming of bad old habits, from budget-busting torrents of public spending to protectionism to devaluation to boost exports. If forced to bet, most senior EU officials now believe that Mr Sarkozy is serious about structural reforms in France. They accept the line that a French leader intent on such reforms must carry his voters with him – and that a majority of them are not ready for purist liberal orthodoxy in the style of Brussels or Frankfurt. But to some extent, the EU is being asked to undertake an exercise in clairvoyancy, giving Mr Sarkozy his political capital now before knowing if he will see his reforms through.

Nor do Brussels officials relish hearing Mr Sarkozy saying things they believe to be wrong, eg, about a strong euro choking exports. Commission officials have been handing out statistics showing how France's trade surplus with America has grown despite the weak dollar, whereas French exports to Germany have fallen even though they share a currency. (...) A second headache is the re-opening of old debates about how sovereign states should align their economies and merge currencies, but at the same time remain democratically accountable to voters. Mr Sarkozy endured a rather bruising visit to Brussels. Partly this was sheer grumpiness that France is yet again using its big-power status to bend the stability-pact rules. Wouter Bos, the Dutch finance minister, pointedly told Mr Sarkozy that Europe should not be like »Animal Farm«, in which »some are more equal than others«. The truth is that big countries do not have to obey the same rules, and Mr Sarkozy will probably get away with missing the original 2010 target for eliminating his budget deficit. This is not so shocking: the pact was reformed to allow flexibility to countries undertaking structural reforms.



M 5 Nicolas Sarkozy and the EURO

© Peter Schrank, The Economist, 12.7.2007

But Mr Sarkozy will face more resistance if he seriously pushes for greater political oversight of economic policy, starting with the ECB's mandate to concentrate on price stability. In the words of one senior Eurocrat: »This has very deep historical roots. Putting exchange rates at the service of growth comes very naturally to the French – they did it repeatedly in the past 50 years – but it sends a shudder down German spines, because it makes them think of runaway inflation.« In German memories, inflation helped to pave the way for Nazism, meaning that price instability can be a threat to democracy itself.

Does Mr Sarkozy really intend challenging this piece of EU orthodoxy which lies at the heart of the grand bargain that led to Europe's economic and monetary union? The answer to that question, as to so many others about his intentions, lies in the future. If he tries it, though, his chances of success are surely slim. And the explanation for that lies firmly in Europe's past.

The Economist, 17.7.2007, print edition

Kurzzusammenfassung:

»Sarkozy schlägt eine »europäische Wirtschaftsregierung« vor. Das ist ein ziemlich schwammiges Konzept... Für die EU-Beamten bedeutet Wirtschaftsregierung, dass man den gewählten nationalen Politikern das letzte Wort über das weite Feld der EU-Wirtschaftspolitik zugesteht. Das schließt den Wechselkurs und die Einhaltung der Defizitkriterien ein – ohne allerdings Heiligtümer wie die Unabhängigkeit der EZB anzutasten«, schreibt die Wirtschaftszeitschrift. »Sarkozy wird Widerstand zu spüren bekommen, wenn er sich ernsthaft für mehr politische Kontrolle der Wirtschaft einsetzt, angefangen vom Auftrag der EZB, sich vor allem um die Stabilität der Preise zu kümmern. Ein langjähriger EU-Beamter formulierte es so: »Für die Franzosen ist es ganz natürlich, den Wechselkurs in den Dienst des Wachstums zu stellen, aber den Deutschen jagt ein Schauer über den Rücken, denn sie denken unweigerlich an Hyperinflation.« Im Gedächtnis der Deutschen hat die Inflation dazu beigetragen, den Nazis den Weg zu bereiten, deshalb kann für sie eine Instabilität der Preise eine Gefahr für die Demokratie darstellen.« (12.7.2007)

vgl. www.eurotopics.net

M 6 Artikel 108 EG-Vertrag, Konsolidierte Fassung nach dem Maastrichter Vertrag

Bei der Wahrnehmung der ihnen durch diesen Vertrag und die Satzung des ESZB übertragenen Befugnisse, Aufgaben und Pflichten darf weder die EZB noch eine nationale Zentralbank noch ein Mitglied ihrer Beschlussorgane Weisungen von Organen oder Einrichtungen der Gemeinschaft, Regierungen der Mitgliedstaaten oder anderen Stellen einholen oder entgegennehmen. Die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft sowie die Regierungen der Mitgliedstaaten verpflichten sich, diesen Grundsatz zu beachten und nicht zu versuchen, die Mitglieder der Beschlussorgane der EZB oder der nationalen Zentralbanken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

<http://eur-lex.europa.eu/de/treaties>, Amtsblatt, 24.12.2002

M 7 Artikel 101 EG-Vertrag, Konsolidierte Fassung nach dem Maastrichter Vertrag

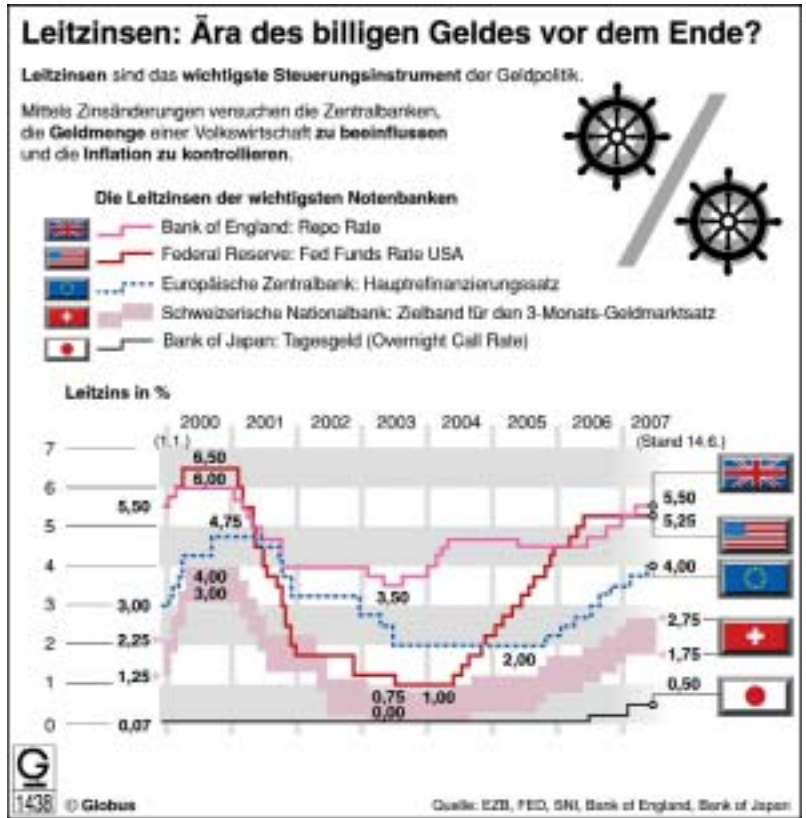
- (1) Überziehungs- oder andere Kreditfazilitäten bei der EZB oder den Zentralbanken der Mitgliedstaaten (im Folgenden als »nationale Zentralbanken« bezeichnet) für Organe oder Einrichtungen der Gemeinschaft, Zentralregierungen, regionale oder lokale Gebietskörperschaften oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften, sonstige Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentliche Unternehmen der Mitgliedstaaten sind ebenso verboten wie der unmittelbare Erwerb von Schuldtiteln von diesen durch die EZB oder die nationalen Zentralbanken.
- (2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten nicht für Kreditinstitute in öffentlichem Eigentum; diese werden von der jeweiligen nationalen Zentralbank und der EZB, was die Bereitstellung von Zentralbankgeld betrifft, wie private Kreditinstitute behandelt.

<http://eur-lex.europa.eu/de/treaties>, Amtsblatt, 24.12.2002

M 8 Europäischer Verfassungsvertrag, 2004 (nicht in allen Mitgliedstaaten ratifiziert)

Artikel III-177

Die Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der Union im Sinne des Artikels I-3 umfasst nach Maßgabe der Verfassung die Einführung



M 10 Die Entwicklung der Leitzinsen der wichtigsten Zentralbanken

© Globus Infografik

einer Wirtschaftspolitik, die auf einer engen Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, dem Binnenmarkt und der Festlegung gemeinsamer Ziele beruht und dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet ist. Parallel dazu umfasst diese Tätigkeit nach Maßgabe der Verfassung und der darin vorgesehenen Verfahren eine einheitliche Währung, den Euro, sowie die Festlegung und Durchführung einer einheitlichen Geld- sowie Wechselkurspolitik, die beide vorrangig das Ziel der Preisstabilität verfolgen und unbeschadet dieses Zieles die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Union unter Beachtung des Grundsatzes einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb unterstützen sollen. Diese Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der Union setzt die Einhaltung der folgenden richtungweisenden Grundsätze voraus: stabile Preise, gesunde öffentliche Finanzen und monetäre Rahmenbedingungen sowie eine dauerhaft finanzierbare Zahlungsbilanz. (...)

http://europa.eu.int/constitution.de/lstoc1_de.htm

M 9 Die gesetzlich festgelegten Ziele der Zentralbanken im Euro-Währungsraum, in England, in den USA und in Japan

	EZB	Bank of England	Federal Reserve System (USA)	Bank of Japan
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> - Preisstabilität - Unterstützung allgemeiner Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft oder Beeinträchtigung der Preisstabilität 	<ul style="list-style-type: none"> - Preisstabilität - vorbehaltlich der Preisstabilität Unterstützung der Wirtschaftspolitik der Regierung einschließlich Wachstums- und Beschäftigungsziele 	<ul style="list-style-type: none"> - Stabile Preise - Höchstgrad an Beschäftigung - Moderate Langfristzinsen 	<ul style="list-style-type: none"> - Preisstabilität und damit Beitrag zur gesunden Entwicklung der Gesamtwirtschaft
Vorrangiges Ziel	<ul style="list-style-type: none"> - Gewährleistung der Preisstabilität 	<ul style="list-style-type: none"> - Gewährleistung der Preisstabilität 	<ul style="list-style-type: none"> - keine Prioritätensetzung 	<ul style="list-style-type: none"> - Gewährung der Preisstabilität

nach: EZB, Monatsbericht November 2002, S. 55

M 11 Industriegewerkschaft Metall in der Bundesrepublik Deutschland

- (1) Die Währungsunion hat sich bewährt – denn es gelang vergut, die Turbulenzen der Weltfinanzmärkte auf der europäischen Ebene abzufedern.
- (2) Die Währungsunion hat beschäftigungspolitisch zu wenig bewirkt – denn die Arbeitslosigkeit in Europa ist nach wie vor zu hoch: Obwohl die Zahl der Beschäftigten in der EU in den letzten Jahren wieder stärker gestiegen ist, liegt die Arbeitslosigkeit in den besonders betroffenen Regionen bei 23 Prozent und damit viel höher als 25 Jahre zuvor.
- (3) Die Währungsunion hat den regionalen und sozialen Ausgleich vernachlässigt – denn die Ungleichheit zwischen den Regionen ist gewachsen: Die wirtschaftliche Dynamik konzentriert sich nach wie vor auf die zentral gelegenen Gebiete der europäischen Union.
- (4) Die Währungsunion hat die Infrastruktur nicht energisch genug modernisiert – denn durch die Haushaltskonsolidierungen sind die öffentlichen Investitionen eingeschränkt worden. (...)

Im Grunde hat die Währungsunion neue Chancen für eine EU-weite Beschäftigungspolitik geschaffen. Denn die Währungsunion umfasst einen Wirtschaftsraum, der ein nahezu geschlossener Binnenmarkt ist: Nur neun Prozent der Nachfrage der gesamten EU richtet sich auf Importe. (...) Die EU hat damit einen ähnlich bedeutenden Binnenmarkt wie die USA. Mit anderen Worten: Die europäischen Volkswirtschaften sind in der makroökonomischen Politik wieder strategiefähig geworden. Dies gilt es auszunutzen für eine beschäftigungsorientierte europäische Politik. (...) Es fehlt an Instrumenten und verbindlichen Abstimmungsprozessen, die im Falle der konjunkturellen Abschwächung für eine zügige Beschäftigungs- und Wachstumspolitik genutzt werden können. (...) Die Gewerkschaften waren mit der Politik der Europäischen Zentralbank nicht zufrieden. Wir haben erwartet, dass in Zeiten, in denen Preisstabilität kein Problem ist, auch die EZB ihre ganze Politik auf die Schaffung von Wachstum und Beschäftigung ausrichtet.

Peters, Jürgen: Chancen der Währungsunion nutzen – koordinierte Politik für Beschäftigung und moderne Infrastruktur, in: Truger/Welz Müller, S. 9f

M 12 Spannungen im Euro-Raum

(...) Fünfzehn Jahre nach der Einigung auf den Maastricht-Vertrag, acht Jahre nach Beginn der Währungsunion und fünf Jahre nach Einführung des Euro-Bargelds hadert die französische Politik immer noch mit der europäischen Währungsordnung, die nach dem erfolgreichen deutschem Vorbild errichtet wurde. Spiegelbildlich dazu steht das Drängen, die EZB in eine enge Zusammenarbeit mit den europäischen Finanzministern im Rahmen der Euro-Gruppe einzubinden. Das jahrzehntelang verfolgte französische Ziel eines »gouvernement économique«, in dem Geld- und Wirtschaftspolitik verzahnt werden, lebt. In abgeschwächter Form wird der Wunsch auch von anderen europäischen Politikern geteilt. Erst im Frühjahr forderten der Vorsitzende der Euro-Gruppe, Luxemburgs Regierungschef Jean-Claude Juncker, und Währungskommissar Joaquín Almunia den EZB-Präsidenten Jean-Claude Trichet zu weiteren Kaffeekränzchen auf. Zumindest Juncker war empört, dass Trichet die kalte Schulter zeigte. Die Attacken aus Frankreich werden oft als unbedeutend abgetan, weil die Unabhängigkeit der EZB in den europäischen Verträgen festgeschrieben sei und nur durch einstimmigen Beschluss aller EU-Staaten geändert werden könne. Das ist richtig und falsch zugleich. Es ist richtig, weil die Unabhängigkeit der EZB rechtlich stärker abgesichert ist, als es diejenige der Deutschen Bundesbank je war. Es ist falsch, weil steter Tropfen den Stein höhlt und formales Recht nur so gut ist, wie es gelebt wird. Je mehr die Re-



...UND DER ENGEL SPRACH ZU IHNEN: FÜRCHTET EUCH NICHT!...

M 13 » ... und der Engel sprach zu ihnen: Fürchtet Euch nicht! ...«

© Horst Haitzinger, 19.12.2001

gierungen die Geldpolitiker in formelle oder informelle Zirkel einbinden, desto größere Sorge muss man um die unabhängige Urteilskraft von Notenbankern haben. Und entsteht in der Öffentlichkeit erst der Eindruck, dass Wirtschafts- und Geldpolitik ein Ganzes sind, ist die formale Unabhängigkeit einer Notenbank nicht mehr viel wert.

Die in Frankreich entflammte Diskussion über die Währungsordnung erklärt sich nicht nur mit dem Wahlkampf. Sie gründet auch in der fast neurotischen Fixierung auf den Außenwert der Währung und die Wettbewerbsfähigkeit der Nation sowie in der Angst vor freien Wechselkursen. Sie spiegelt auch die Sorge wider, von dem ökonomisch erstarkenden Nachbarn Deutschland an die Wand gedrückt zu werden. Tatsächlich deuten sich im wirtschaftlichen Gefüge des Währungsraums Verschiebungen an, die außerhalb Deutschlands die Neigung wachsen lassen dürften, den Euro und die EZB als Sündenbock zu missbrauchen. Die deutschen Unternehmen haben als Folge eigener Anstrengung, erster Reformen am Arbeitsmarkt und einer gewissen Lohnmoderation in den vergangenen Jahren deutlich an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Zugleich spielt die Ausrichtung der Wirtschaft etwa auf den Maschinen- und Fahrzeugbau den Exporteuren wohl noch für viele Jahre in die Hände, weil sie dem Bedarf aufstrebender Länder entgegenkommt.

Italien dagegen, der drittgrößte Staat im Euro-Raum, verliert seit Jahren preisliche Wettbewerbsfähigkeit, auch als Folge zu schnell steigender Löhne. Die italienischen Exporteure konkurrieren gerade in den Marktsegmenten, in die Länder wie China mit niedrigen Löhnen gewaltig vordringen. Frankreich befindet sich in einer mittleren Position: Es verliert Anteile am Weltmarkt, obwohl es – wenn auch nicht so ausgeprägt wie Deutschland – preisliche Wettbewerbsfähigkeit gewann. Die moderatere Hauspreisentwicklung dort lässt erwarten, dass die Binnenwirtschaft vorerst schwächer wird und der Export Gewicht gewinnen müsste, um das unverändert hohe Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten.

Mit diesen gegenläufigen Entwicklungen sind im Währungsraum Spannungen angelegt, die weit über die fiskalpolitische Restriktion in Deutschland und Italien im kommenden Jahr und die derzeitige Euro-Aufwertung hinausweisen. Im Gegensatz zu den frühen Jahren der Währungsunion profitieren Länder wie Italien oder Portugal nicht mehr von dem Extraschub, den die Zinskonvergenz auf niedriges deutsches Niveau bescherte. Nun müssen die Euro-Staaten zeigen, dass sie die Fesseln regulierter Märkte abstreifen und den staatlichen Einfluss auf die Wirtschaft zurücknehmen können, um mit der einheitlichen Geldpolitik für den gesamten Währungsraum klarzukommen. Die vergleichsweise besseren deutschen Aussichten legen dabei vorerst eine straffere Geldpolitik nahe, als es Frankreich und Italien lieb sein wird.(...)

Welter, Patrick: FAZ., 22.12.2006, S. 13